

Wittchen-Studie – weitere Informationen (Update zum vorherigen Info)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

kurz nach Fertigstellung unseres Ende Oktober veröffentlichten Psychiatrie-Infos zur sogenannten „Wittchenstudie“* erreichten uns weitere Informationen zu dieser Studie. Wir möchten auf dieser Grundlage eine differenzierte Bewertung vornehmen:

Für die Studie werden Interviews auf Einrichtungsebene sowie Interviews und Beobachtungen in ausgewählten Fachabteilungen und Stationen durchgeführt. 120 Häuser für die Studie sind ausgewählt. Die ersten sollen noch im November angeschrieben werden und im Dezember sollen dort schon die Interviews und Beobachtungen laufen. Danach werden sie in Gruppen von je 20 die weiteren Häuser angeschrieben. Die Auswahl erfolgt seitens der durchführenden Wissenschaftler/innen. Die Einrichtungsleitungen haben keinen Einfluss darauf.

Die Studie wird nun doch auch Fragen dazu enthalten, welche Aufgaben aus Zeit- bzw. Personalnot nicht erledigt werden können. Ziel ist, gegebenenfalls auf der konkreten Stations- und Funktionseinheit das Ausmaß der Unterbesetzung quantifizieren. Das Fehlen solcher Fragen war einer unserer Hauptkritikpunkte, der damit zumindest teilweise ausgeräumt ist.

Enthalten sind nun auch Fragen zu Themen wie Überstunden, Einhaltung der Dienstpläne, regelmäßige Pausen und Gefährdung durch Alleinarbeit.

Die Ersteller der Studie sagen zu, die Interessenvertretung von Beginn an, zeitgleich und im gleichen Umfang wie die Klinikleitung anzusprechen und mit einem Gesprächsangebot zur Klärung offener Fragen einzubinden. D.h. die konkreten Studienmaterialien gehen zu Beginn des Prozesses an die Klinikleitung, die Interessenvertretung und das Personal. Bei einem ersten Besuch sind vertiefende Aufklärungsgespräche mit der Interessenvertretung und dem Personal vorgesehen

Konkrete Änderungen an Fragebögen werden die Ersteller der Studie aus methodischen Gründen nicht zulassen

können. Bei 120 beteiligten Kliniken würde das die gemeinsame Auswertung unmöglich machen. Sollte dies Bedingung der Teilnahme sein, wird das Haus aus der Studie herausgenommen.

Zentral ist aus unserer Sicht, die Beschäftigten über Bedeutung und Hintergrund der Studie zu informieren. Nur wenn die reale Situation, auch die Überbelastung und ihre Folgen für Versorgung und Beschäftigungsbedingungen, in der Studie deutlich werden, kann sie einen Beitrag zu einer guten, im Idealfall sogar zukünftig besseren Personalausstattung in der Psychiatrischen Versorgung leisten.

Die Arbeitgeber sind in der Verantwortung, die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen einzuhalten.

Auf der Grundlage der uns vorliegenden Informationen steht aus ver.di-Sicht nichts entgegen, wenn Interessenvertretungen sich für eine Teilnahme ihrer Einrichtungen an der Studie auszusprechen.

Weiterhin bleibt deutlich, dass die Entwicklung der neuen Personalmindeststandards im Gemeinsamen Bundesausschuss ein schwieriger und sehr umkämpfter Prozess ist. Das bedeutet, dass wir nicht warten können, bis Ergebnisse der Studie oder des Gesamtprozesses vorliegen, bevor wir deutliche Signale senden.

Wir fordern eine PsychPVplus!

Für eine bedarfsgerechte Personalausstattung, die gute Versorgung ohne Gesundheitsgefährdung der Beschäftigten möglich macht.

Kontakt: Gisela Neunhöffer,
gisela.neunhoeffer@verdi.de, Tel. 030/6956-1842